

Volksrecht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Hauptstraße Nr. 3, durch die jeweiligen Buchhändler, Postfach 110, sowie durch alle Postämter zu beziehen. Halbjährlicher Preis 1,80 Mark, vierteljährlicher 0,40 Mark, monatlich 1,00 Mark. Bei Bestellungen in Papiermarkt nach dem Kurs am Jahrestage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telefon-Nr. 2111; Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3832.

Anzeigenpreis: In 100 Wörtern für gewöhnliche Anzeigen eine Spalte 20 Pf., auswärts 25 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter 100 Wörtern 10 Pf., Kleinanzeigen 5 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 1. d. M. (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Marktfentung!

Der Devisen- und Notenmarkt.

dem schon am Mittwoch das wachsende Gleichgewicht der letzten Dezemberwoche fehlte, hat am Donnerstag eine regelrechte Verfestigung erfahren. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln steigerte sich in starkem Maße und soll schätzungsweise mehr als 50 Prozent als am Vortage betragen haben. Allerdings sprachen nach Überwindung des Dezember-illuminos eine Reihe von Umständen, z. B. größere Geldfülle, für einen vermehrten Devisenbedarf. Schließlich mögen auch die unheimlichen Marktläufe aus dem Auslande oder auch das an der Börse kuffertende, aber von der Reichsbank demontierte Gerücht, die Reichsbank habe wieder einen erheblichen Teil ihres Goldes, ca. 80 Millionen Goldmark, nach Amerika exportiert, die Spekulationslust neu angeregt haben.

Aber durch diese Momente kann die Verschärfung auf dem Devisenmarkt nicht zerknirscht werden, die sich augenblicklich als Ausbruch inflationistischer Wirtungen darstellt. In Frage kommen eine ganze Reihe von Faktoren. Auf die inflationistische Gefahr der Preisüberhebung durch die private Wirtschaft haben wir schon des öfteren hingewiesen. Inwieweit die Rentenmarktkredite — Herr Stinnes soll, sehr bescheiden, einen Beitrag von einer Milliarde angefordert haben — eine Unterstützung der Zahlungsmittel begünstigt, kann im Augenblick in greifbarer Form nicht festgestellt werden. Jedenfalls müssen beträchtliche Wirkungen durch die Geldschöpfungen der Länder usw. bedenklich berücksichtigt werden. Hier scheint die Verfestigung der Zahlungsmittelmarkt die größte Förderung erfahren zu sollen.

Das Reich hat die Pflicht, die Inflationsquelle, die besonders aus der Geldschöpfung der Länder usw. droht, unter Aufsicht aller Kräfte zu verstopfen. Es kann aber diese Aufgabe nur erfüllen, wenn es genügende Geldmittel an Steuern hat. Kommen wir zu einer neuen Inflation, so muß die Schuld jene Parteien treffen, die, statt die Steuererleichterung mit aller Energie zu betreiben, Steuern milderten und Steuern außer Kraft setzten.

Ein eigener Drahtbericht meldet uns: Aus dem Auslande liegen weiterhin schlechtere Meldungen des Marktes vor. New York hat gestern Abend Schlusskurs 1 Mark = 20 Cents oder 5 Billionen = 1 Dollar per Mark. In Zürich ermäßigte sich die Mark von 135 auf 130 Cents und in Amsterdam von 0,59 auf 0,57 Gulden. Die Verschärfung der Mark im Auslande entspricht den Beobachtungen an der gestrigen Berliner Börse, die eine erhebliche Verschärfung der Devisenlage gebracht hat. Zu gleicher Zeit entwickelte sich eine Verschärfung für den französischen Franc, der in New York mit 490 gegen 497 Cents notiert wurde. Auch in Zürich ist eine Abwärtsbewegung von 28,30 gegen 29,05 und in Amsterdam eine solche von 12,95 gegen 13,25 am Vortage zu beobachten.

Schlechte Aussichten der deutsch-französischen Verhandlungen

gehen aus den neuesten Pariser Meldungen hervor. Das Memorandum der Reichsregierung, das inzwischen bekanntlich in Londoner Blättern veröffentlicht ist, enthält zwar kein Wort von der Räumung des Ruhrgebiets. Zu einer Zeit, in der die diplomatische und wirtschaftliche Lage Frankreichs weit ungünstiger war, hat man uns Sozialdemokraten einen Strich daraus ziehen wollen, daß wir für wirtschaftliches Entgegenkommen gegen stückweise Räumung eintraten. Heute hat Frankreich eine weit günstigere Stellung. Die deutschen Industriellen haben die wirtschaftlichen Micumverträge abgeschlossen, die den Franzosen nach viel weiter entgegenkommen. Dazu kommt die neue Festigung der diplomatischen Stellung Frankreichs durch den Vertrag mit Prag und die Annäherung mit Moskau. Schließlich hat Dr. Stresemann, so bescheiden er in seinen Forderungen für Rhein und Ruhr war, durch die Ablehnung der Militärkontrolle, (die der Entente ja doch vertragsmäßig zusteht und lauernd gar nicht zu verhindern, auch eine Frage geringen Ranges ist), den Franzosen noch Vorwände für Stimmungverschärfung gegeben. Erfolg: nach Pariser Nachrichten ist eine glatte Ablehnung der deutschen Vorschläge zu erwarten, insbesondere Ablehnung jeder Erleichterung der Gütersperre zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet. Weitere Verhandlungen sollen zwar nicht abgelehnt werden, wenn „die Umstände dazu Gelegenheit geben würden“. Das heißt doch aber wohl, daß die jetzigen Verhandlungen in Paris zunächst als abgeschlossene betrachtet werden. Auch die neuen weitergehenden Angebote gewisser deutscher Industrieller in Paris dürften das ihrige zu dieser Haltung beigetragen haben. Handelte es sich doch nach den zweideutigen letzten Erklärungen von Stinnes nicht jederzeit nur um Angebote des Herrn Arnold

Gleichzeitig neuer Frankensturz.

Paris, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Jahr hat einen neuen Sturz des französischen Franken gebracht. Dieser hatte zu Ende der vergangenen Woche eine beträchtliche Erholung zu verzeichnen, die den Dollar auf nahezu 18 hinabgedrückt hatte. Am Donnerstag ist der Dollar jedoch zum ersten Male auf über 20 gestiegen, um an der Börse mit 20,52 zu schließen. Die Wirkung des fortwährenden Sinkens der Währung macht sich in einem starken Anziehen der Preise und in einem wachsenden Niedergang der Kaufkraft weitaus größter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen in der vergangenen Woche die geforderten Teuerungszuschläge abgelehnt wurden, bemerkbar.

Was Dr. Schacht in London will.

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhandlungen, die der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht zurzeit in London führt, meldet die Londoner Presse, daß der Besuch Dr. Schachts keinerlei politischen Charakter trage. Dr. Schacht verhandle lediglich über finanzielle Fragen, insbesondere über die von ihm beabsichtigte Gründung eines neuen deutschen Goldemissionsinstituts, das er zum Teil mit ausländischem Kapital, zum Teil durch Reparierung (Nutzführung nach Deutschland) der ins Ausland geliehene Vermögenswerte zu finanzieren gedenke. In der City bringe man dem Mann Schachts großes Interesse entgegen. Man habe bereits den Gedanken an die Einberufung einer Konferenz englischer Finanz- und Bankleute erhaben, die die Frage einer Anleihe an Deutschland prüfen sollen.

Die Großhandelsziffer steigt wieder!

Die auf den Stichtag des 2. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsanlasses (1913 = 100) ist gegenüber dem Stande vom 27. Dezember 1923 (120) um 2 v. H. auf 122,4 gestiegen, und zwar wurde die Herabsetzung der Rohienpreise durch Steigerung namentlich der Getreidepreise mehr als ausgeglichen. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel (im Großhandel) um 5 v. H. auf 108,8, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 8,4 v. H. auf 98,4, wogegen die Industriehilfsstoffe um 2 v. H. auf 147,9, davon die Gruppe Eisen und Kohle um 3 v. H. auf 147,1 nachgaben. Das Preisniveau der Einfuhrwaren blieb mit 158 nahezu unverändert, dasjenige der Inlandswaren hob sich um 2,5 v. H. auf 115,3. Im Monatsdurchschnitt Dezember ist der Goldstand der Großhandelsindexziffer gegenüber November um 9,2 v. H. auf 126,2 zugenommen. Von den Hauptgruppen kamen die Lebensmittel um 14,5 v. H. auf 111,2, die Industriehilfsstoffe um 1,1 auf 154,1, ferner die Inlandswaren um 11,9 auf 119,3, während die Einfuhrwaren um 2,2 v. H. auf 160,3 ansgien.

Reichberg. Auch die neue Markerschütterung dürfte durch diesen Misserfolg der Stresemannschen Bemühungen verhärtet werden. Unsere Voraussage, daß die jetzige rein bürgerliche Reichsregierung mit ihrem nur halben und späten Nachgeben auf unsere Forderungen die Lage nicht meikern würde, scheint sich früher zu bestätigen, als wir selber wünschen.

Kongreß der polnischen Sozialisten.

Prinzipielle Regierungs- und Koalitionsbereitschaft.
Unter Beteiligung von über 200 Delegierten aus ganz Polen fand in Krakau der Kongreß der PPS, d. h. sämtlicher sozialistischen Abgeordneten und Senatoren sah man Vertreter der lettlandischen, finnlandischen, estlandischen, litauischen, litauischen Sozialdemokratie, sowie die Delegierten der deutschen Sozialistengruppe in Polen. Begrüßungstergnahme trafen ein von den sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens und Italiens, sowie von Wandervogel, Boncour und Renaudel. Als Vertreterin der englischen Labour Party war Marion Phillips erschienen. In einer längeren Ansprache führte sie aus, angeht die Wahlergebnisse und der bevorstehenden Bildung einer Arbeiterregierung in England wäre eine Verständigung und Zusammenarbeit der polnischen sozialistischen Partei mit der englischen Arbeiterpartei sehr erwünscht. Es wurde laut P. P. A. unter anderem eine vom Abgeordneten Perel beantragte Resolution angenommen, welche entgegen den Beschlüssen des Labour Parliaments die sozialdemokratische Fraktion im Senat unter gewissen, besonders ungeschriebenen Bedingungen ermächtigt, einer von nicht sozialdemokratischen Fraktionen gebildeten Regierung ihre Unterstützung zu leisten, bzw. an der Regierung selbst teilzunehmen. Bei der Wahl wurden zum Vorsitzenden der Parteivorstandes Abgeordneter Dabrowski, zu seinen Stellvertretern die Abgeordneten Diamond und Zukawski gewählt.

Stinnes-Filme.

In Berlin wurde eine Filmgesellschaft gegründet, die den Namen „Wolffm G. m. b. H.“ führt. Sie beschäftigt sich mit der Herstellung und Verleihung von Filmen und dem Erwerb und Verleih von Kinohäusern. Geschäftsführer sind Wladimir Wengeroff, Dr. Rudolf Becker und Leo Bagrow. An der Neugründung ist Hugo Stinnes beteiligt, dem die beiden letztgenannten Geschäftsführer nachsehen. Die Gesellschaft plant, zunächst den Markt im Osten mit ihren Erzeugnissen zu beglücken.

Die sächsische Landtagsfraktion für Große Koalition in Sachsen.

Zur Vermeidung eines rein bürgerlichen Kabinetts.

Dresden, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag in fünfstündiger Sitzung mit dem vorläufigen Ergebnis der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung und mit der Frage der Landtagsauflösung, nachdem der Rechtsausschuß des Landtags den kommunalistischen Auflösungsantrag am Kormittag gegen fünf Stimmen angenommen hatte. Nach eingehender Debatte beschloß die Fraktion ohne Zustimmung des Parteitag, der für den 6. Januar nach Dresden einberufen ist, der Bildung der Großen Koalition ihre Zustimmung zu geben. Der Ministerpräsident soll von der sozialdemokratischen Fraktion akzeptiert werden. In Frage kommen der frühere sächsische Ministerpräsident Rud oder der jetzige Leiter des sächsischen Staatsministeriums Genosse Zellisch.

Dieser Beschluß der sächsischen Landtagsfraktion dürfte durch die Tatsache veranlaßt sein, daß die Kommunisten endgültig jede Unterstützung eines sozialistischen Kabinetts ablehnten, die Bürgerlichen daraufhin mit der Bildung einer reinen Bürgerregierung drohten. Der Beschluß zeigt, daß auch in Sachsen selbst die taktischen Ratschläge des Genossen Dittmann und anderer Parteivorstandsmitglieder zahlreiche Anhänger haben müssen. Vielleicht wäre bei früherem Verzicht auf die Illusion, daß die Kommunisten positive sozialistische Politik unterstützen wollen, die „kleine“ Koalition ohne die Volkspartei möglich gewesen. Jetzt wurde diese Lösung von den Demokraten abgelehnt, weil sie die sächsischen Sozialdemokraten für zu wilde Männer hielten, um sich alleine mit ihnen an einen Tisch zu setzen. Neuerlich radikales Auftreten verstärkt hier also wieder einmal die Gegenwirkungen und vermindert die Möglichkeiten des sächlichen Erreichbaren. Immerhin dürften die sächsischen Sozialdemokraten nach Meldungen Berliner Blätter in einem Kabinett der Großen Koalition außer dem Ministerpräsidenten noch so viele Sitze erhalten, daß auch im Interesse der gesamtdeutschen Arbeiterbewegung diese Lösung erheblich günstiger erscheint als die Bildung einer reinen Bürger-Regierung im Nachbarlande Bayerns. Sächsische Neuwahlen hätten nach den letzten Wirren die wenigen noch fehlenden Stimmen zu einer rein bürgerlichen Mehrheit herausgeholt.

Der Landesarbeitsausschuß der sächsischen Sozialdemokratie wendete sich allerdings noch vor wenigen Tagen gegen die Große Koalition. Ein von ihm versandter Artikel glaubt, in ausgesprochenem Gegensatz auch zu Zeigner, daß die Hoffnung auf Zusammenarbeiten mit den Kommunisten noch nicht endgültig widerlegt sei. Durch die inzwischen erfolgte Stellungnahme der A.D. dürfte das aber geschehen sein. Der Ausschuß erklärt die Große Koalition deswegen für schwierig, weil sie unter dem Druck des Reichswehretinmarschs geschlossen würde. Sicherlich hat die Reichswehr die Stimmung der sächsischen Arbeiter maßlos verhärtet. Aber wenn eine Bürgerregierung verhindert wird, so sind die reaktionärsten Hoffnungen auf die Wirkungen der Reichswehrmaßnahmen doch praktisch erledigt. Eine große Gefahr, die Deutschland in Sachsen nicht von links, sondern von rechts droht, ist damit gebannt. Hoffentlich beschwört sie der sächsische Landespartektag nicht von neuem.

Die Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet.

Nach Meldungen aus offizieller französischer Quelle soll in der Woche vom 17. bis 23. Dezember die Kohlenförderung in der Ruhr 12 Millionen Tonnen oder 71,2 Prozent der normalen Produktion vor der Besetzung erreicht haben. Dagegen sei die Kohleproduktion mit 146 000 Tonnen erst bei 34 Prozent der normalen Erzeugung angekommen.

Ein englischer Erfolg in Indien

liegt in den Beschlüssen der Generalversammlung der indischen Nationalisten vor, auf dem sie durch geschickte englische Taktik Mohammedaner und Hindus aneinander wandten. Ein radikales Vorgehen auf diese unabhängigkeit der indischen Selbstverwaltung von England wurde abgelehnt und ein gemäßigtes Aktionsprogramm zur Erweiterung der indischen Selbstverwaltungsvorteile angenommen, aufgrund dessen die Verhandlung mit der kommenden englischen Arbeiterregierung möglich erscheint.

Die Enteignung der kleinen Aktionäre.

Goldbilanzen und Kapitalkonzentrationen.

Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über Goldbilanzen verpflichtet Kaufleute, die Handelsbücher führen, vom 1. Januar 1924 ab oder, falls das neue Geschäftsjahr mit einem späteren Zeitpunkt beginnt, von diesem Zeitpunkt ab das Inventar und die Bilanz in Goldmark aufzustellen. Als Goldmark gilt der Gegenwert von $\frac{1}{10}$ des nordamerikanischen Dollars, Spätestens für den 1. Januar 1924 oder, falls das neue Geschäftsjahr mit späterem Datum beginnt, von dem Eröffnungsinventar und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, wobei zu beobachten ist, daß entgegen dem § 261 des Handelsgesetzbuches, für Wertpapiere und Waren mit Börsen- oder Marktpreis ohne Rücksicht auf den Anschaffungs- oder Herstellungspreis auf jeden Fall der Wert am 1. Januar 1924 eingeleitet werden kann. Von Bedeutung ist die Möglichkeit der Bildung von fiktiven Reserven. Der in der Eröffnungsbilanz eingeleitete Wert gilt für die Zukunft als Anschaffungs- und Herstellungspreis.

Die Verordnung ist geeignet, gewisse Klarheit in die Bilanzen unserer Industrieunternehmen zu bringen, jedoch ein Uebel über die tatsächliche Lage der deutschen Industrie möglich wird. In den letzten Jahren waren die Bilanzen unserer Industrieunternehmen nichts anderes als eine sinnlose Anreicherung von Zahlen, hinter deren Schleiern sich der tatsächliche Stand der Dinge verbarg. Die Einführung der Verordnung über Goldbilanzen wird unter anderem auch zeigen, daß man sich Konkurrenz und mancher Teufel die Markterweiterung benutzt hat, um auf dem heimischen Markt Mißbrauch zu treiben. In diesem Sinne ist die Verordnung, die auch dazu beitragen wird, Deutschland psychologisch auf die neuen Verhältnisse, das „feste“ Geld einzustellen, nur ein begrenztes Hindernis. Andererseits entfesselt sie eine Tendenz, die in ihrer Auswirkung höchst bedenklich erscheinen muß. Die Verordnung begünstigt nämlich nicht nur die bloße Aufstellung einer Bilanz, sondern hilft an sie ganz bestimmte Forderungen. Übersteigt bei Aktien- und Gesellschaften, Kommanditgesellschaften usw. das bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz nach Abzug der Schulden sich ergebende Vermögen den Betrag des Eigenkapitals, so kann der Ueberfluß als Reserve eingestuft oder das Eigenkapital entsprechend heraufgehoben werden, wobei den Aktionären das Bezugsrecht gewährt werden muß. Da unsere Gesellschaften aber von der Vermögensvermehrung zeitlich Gebrauch gemacht haben, werden so günstige Positionen selten sein. Meistens wird wohl das Vermögen hinter dem Eigenkapital zurückbleiben. Die Verordnung stellt nun folgende Sanktionen vor: Die sich ergebende Differenz kann als Kapitalwertungskonto unter die Aktiven eingestellt oder durch neue Einlage bis zur Höhe des Betrages des Eigenkapitals oder durch Ermäßigung des Eigenkapitals ausgeglichen werden. Der auch in geschäftlicher Beziehung gefundene Weg ist die Einstellung eines Wertminderungskontos. Es muß nämlich in drei Jahren unter anderem aus den Reserven getilgt werden, während Gewinne nicht ausgeschüttet werden dürfen. Das Konto darf $\frac{1}{10}$ des Eigenkapitals nicht übersteigen. So ist dieser Weg in seiner Ausführung in vielen Fällen ebenso beschränkt, wie die Heraushebung des Kapitals, die nichts anderes als Rückzahlungspflicht ist und genügende Geldflüssigkeit zur Voraussetzung hat. Es ist zu betonen, daß die großen Kapitalgesellschaften in erster Linie zu einer Ermäßigung des Kapitals

schreiten werden, die am bequemsten durch Denominierung der Einzelaktie durchgeführt werden kann. Das bedeutet Zusammenlegung von Aktien, und zwar wird die Zusammenlegung angesichts der von den Gesellschaften betriebenen Verwässerung in großen Maßstäben erfolgen.

Nach der Umstellung der Gesellschaften müssen Aktien und Interimscheine auf einen Betrag von mindestens 100 Goldmark lauten. Diesen Satz erreichen augenblicklich nur wenige Börsenpapiere. Der absolute Wert guter Industriepapiere beträgt nur einen Bruchteil der in Anschlag gebrachten Summe. In welchem Maße die Denominierung erfolgen wird, lassen die bereits angelegten Zusammenlegungen ahnen. So hat zum Beispiel die Martins & Bloch A.G. in Hamburg für ihr über 500 Millionen Mark betragendes Kapital eine Zusammenlegung im Verhältnis von 200:1 angekündigt. Viele Aktionäre werden nicht in der Lage sein, finanziell eine solche Deflation mitzumachen. So ergibt sich für sie der Zwang, zu einer äußerst ungünstigen Zeit zu verkaufen. Den Vorteil davon haben die Gesellschaften und die großen Aktienbesitzer, denen sich nun die bequeme Gelegenheit bietet, ihren Aktienbesitz auf Kosten des Kleinen „abzurufen“. Also wird auch die Deflation gerade wie die Inflation die Verstrukturung fördern. Die Wammus-Werke in Westfalen haben sich unter ähnlichen Umständen gebildet. Wir verweisen nur auf die Entstehungsgeschichte der Thyssenwerke, die während der Krise in den Siebziger Jahren die wertvollsten westfälischen Hütten für „Appel und Ei“, wie man in Westfalen sagt, laufen. Schon in ganz kurzer Zeit werden wir sehen, wie die deutsche Schwerindustrie die „Gold“-Tendenz ausleben wird, indem sie nun gewissen möglichen Erleichterungen für die kleinen Aktionäre, zum Beispiel Milderung der Kapitalherabsetzung durch Einsetzung des Wertminderungskontos, gütlich sein wird. Heute wird bereits verschiedenen Aktiengesellschaften aus den Kreisen ihrer Aktionäre vorgeworfen, die Wertminderungskonto zur Vermeidung der Kapitalherabsetzung zu stiften. Heute wird bereits verschiedenen Aktiengesellschaften aus den Kreisen ihrer Aktionäre vorgeworfen, die Wertminderungskonto zur Vermeidung der Kapitalherabsetzung zu stiften. Heute wird bereits verschiedenen Aktiengesellschaften aus den Kreisen ihrer Aktionäre vorgeworfen, die Wertminderungskonto zur Vermeidung der Kapitalherabsetzung zu stiften.

Die großen Industrietrübsen, die schon das Mittelstandsvermögen aus Hypotheken und Sparanlagen geschluckt haben, schlingen also jetzt auch das Vermögen der kleinen Aktionäre. Ob die Kleinbürger, die solche Angst vor dem sozialistischen Finanzminister Hilferding hatten und sich freuten, als ihm die Arbeit in der Koalition in wenigen Wochen unmöglich gemacht wurde, heute nicht glücklich wären, wenn Hilferding noch in der Regierung und solche Verordnungen daher anders ausgefallen wären? Ach, sie werden zu dumm dazu sein und sich auch weiterhin einreden lassen, daß nicht Strasse, Thyssen und die Großbanken, sondern daß — der Sozialismus sie enteigne. Das wird uns nicht hindern, solche Verordnungen der bürgerlichen Reichsregierung als Begünstigung des Großkapitals aufzudecken und Anschaffungsbedingungen zu verlangen, die die gefährlichsten Wirkungen ausschließen. Wenn die Kleinbürger uns dabei nicht unterstützen und weiter im Schlepptau des Großkapitals bleiben, so haben sie sich den Erfolg selbst zuzuschreiben.

Warum verzögert sich die dritte Steuernotverordnung?

Bürgerliche Wahlanstcht vor den Mietern. — Bayerische Sonderanleihe gegen das Reich.

Der „Soz. Parlaments-Dienst“ schreibt: Die vom Reichsfinanzminister Dr. Luther bereits für Anfang Januar geplante dritte Steuernotverordnung begegnet den allergrößten Schwierigkeiten und wird deshalb nun noch geraume Zeit auf sich warten lassen. In der Verordnung sollte, ausgehend von dem Verbot der Hypothekenaufwertung, enthalten sein die Mietzinssteuer, die Besteuerung der Obligationen und schließlich waren darin auch einige grundlegende Bestimmungen über den Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern vorgesehen.

Aber in jeder Frage, die durch diese Verordnung geregelt werden soll, bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, sowohl innerhalb der Reichsregierung als auch zwischen dem Reich und den Ländern und innerhalb der Parteien. Gegen das von dem Reichsfinanzminister Dr. Luther beabsichtigte völlige Verbot der Aufwertung der Hypotheken sind von den bürgerlichen Parteien so starke Bedenken geäußert worden, daß gegenwärtig erzwungen wird, ob nicht eine teilweise Aufwertung zugelassen werden soll. Durch diese Pläne wird die Abänderung des Entwurfs der Mietzinssteuer wohl kaum zu umgehen sein. Sie wird von der Regierung auch erzwungen, weil Form, Tempo und Höhe dieser Mietzinssteuer, sowie die Verwendung ihrer Erträge in den Kreisen der Mieter durch den ersten Alarm von sozialdemokratischer Seite her eine gewaltige Gegenbewegung ausgelöst hat. Die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien dürften es sich deshalb angefangen der bevorstehenden Wahlen sehr überlegen, ob sie ihre ursprünglichen Pläne ausführen können.

Ebenso wird erzwungen, ob die Entlastung der Hypothekenschuldner und der Schuldner von Obligationen, die durch das Verbot der Aufwertung von Hypotheken entsteht, nach den bisherigen Plänen steuerlich genügend ersetzt wird. Besonders die Besitzer von Hypotheken und Obligationen, die durch ein Verbot der Aufwertung völlig enteignet würden, setzen in der ganz unzulänglichen Belastung der Obligationen und in der völligen Steuerfreiheit der landwirtschaftlichen Hypotheken eine gewaltige Begünstigung dieser kapitalkräftigen und durch die Geldwertung gesteigert leistungsfähigen Kreise. Die Regierung befindet sich deshalb auch hier in einer Zwangslage, aus der ein Ausweg vorläufig noch nicht gefunden ist.

Am schwierigsten gestaltet sich das Schicksal der Verordnung aber durch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und den Ländern wegen des Finanzausgleichs. Die Regierung wollte den Ländern die Mietsteuer zur Ausbeutung überlassen, dafür aber die Besoldungszuschüsse in kurzer Frist völlig aufheben. Die Länder unter der Führung Bayerns aber wollen bei dieser Gelegenheit die Steuererhebung des Reiches befristigen und ebenso seine Steuerverwaltung, obwohl solche Pläne gerade im gegenwärtigen Augenblick starke Gefahren für die Stabilisierung unserer Währung bedeuten, wie jede Veränderung in der Steuerverwaltung des Reiches, die den Eingang der Steuern erheblich verzögert und mit Sicherheit mindert. Bayern glaubt aber aus machtpolitischen Erwägungen heraus auf diese Pläne nicht verzichten zu können. Es dürften also noch einige Wochen ins Land gehen, ehe eine endgültige Klarheit über das Schicksal der dritten Steuernotverordnung geschaffen wird.

Genosse E. Schade-Breslau

war als Verfasser des Artikels „Deflationstrategie“ in Nr. 203 unserer Zeitung bezeichnet worden. Der lehrreiche Aufsatz war uns in Manuskriptform von Genossen Schade unterzeichnet übergeben worden, jedoch war diesen für den Verfasser halten mußten. Wie uns die „Leipziger Volkszeitung“ daraufhin mitteilte, ist der Artikel zuerst in ihren Spalten erschienen, und zwar aus der Feder eines anderen Mitarbeiters. Genosse Schade teilt uns auf Anfrage mit, daß er sich durch seine Unterschrift nicht als Verfasser des Aufsatzes, sondern nur als Abdrucker der Abdruck bezeichnen wollte. (Der Abdrucker ging allerdings abwärts aus einer beigelegten Karte hervor.) Er hätte den Artikel nur zum Nachdruck empfehlen wollen. Sein Name sei übrigens falsch angegeben, da er nicht, wie irrtümlich von uns gelesen, Erich, sondern Edward heißt. Wir bedauern, daß uns die Entsendung nicht als Abschrift aus einer anderen Zeitung kenntlich gemacht worden ist und dadurch mindestens der hohe Schein unberechtigter Aneignung fremden geistigen Eigentums entsteht. Wir erfüllen hiermit die dringliche Forderung, daß anderen Lesern die tatsächliche Herkunft des Artikels bekannt gegeben wird.

Aus aller Welt.

Das aufstrebende Meer.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die durch den anhaltenden Frost eingetretene Eisschwärze nehmen nunmehr ersten Umfang an. An vielen Stellen an den Küsten liegen kleine Schiffe im Eise fest. In dem Friesen Hafen können Schiffe nur noch mit Hilfe der Eisbrecher ein- und ausfahren. Alle vorhandenen Eisbrecher sind in Tätigkeit, darunter auch erstmalig der neue Eisbrecher „Blörn“. In der offenen See beginnt jetzt die Eisbildung.

Schwacher in Frankfurt.

Aus Paris wird uns ein eigener Durchsicht: Die anhaltenden Regenfälle der letzten Tage haben die Heberkommunikationen der großen nordfranzösischen Städte den Charakter einer Katastrophe annehmen lassen. Die Seine insbesondere hat viele Stellen des Landes und Landstraßen von Ostfrankreich unter Wasser gesetzt. In den Kanälen der Dampfschiffe sind die Schiffe bereits seit Tagen nahezu völlig unter Wasser. Die Regierung hat das Wasser durch die Kanäle ablassen lassen, um die Schiffe zu retten. Die Kanäle sind nunmehr wieder in Betrieb. Die Regierung hat das Wasser durch die Kanäle ablassen lassen, um die Schiffe zu retten. Die Kanäle sind nunmehr wieder in Betrieb.

160000 Metallarbeiter in Berlin ausgeperrt.

Unsere gestrige Meldung über eine Entspannung der Lage in der Berliner Metallindustrie ist durch die Wendung der Dinge überholt. Die Situation hat sich verschärft. Der „Vorwärts“ meldet darüber:

Fast sämtliche dem VDA angehörenden Betriebe sind stillgelegt, und zwar bis Metallionschlag über 100 Betriebe mit 130000 bis 140000 Arbeitern. Die Bewegung nimmt noch ständig an Umfang zu. Sie umfaßt die Betriebe der AG, Bergmann-Hofenthal, Schwachkopf, Borst, Hindrichs, Anker-Bräme und Aga in Köpenick, Damsler, Dreßbach und Koppel, Dremis und Spandau, Ostam, Lorenz, Deutsche Telephonwerke, Frickel und andere mehr, wozu jetzt auch noch das Siemenswerk in Charlottenburg gekommen ist.

Es besteht kein Zweifel mehr, daß der Existenzkampf der Berliner Metallarbeiter mit einer allgemeinen Ausperrung droht.

Die Nachrichten der Telegraphen- und Korrespondenz-Bureaus berichten systematisch von der Streikbewegung in der Metallindustrie. Demgegenüber muß hier betont werden, daß es sich um einen der Berliner Metallarbeiter durch das Votum des Verbandes Berliner Metallindustrieller abgezwungenen Abwehrkampf handelt. Die Metallarbeiter wollen arbeiten und nicht streiken, aber sie können nur unter Aushandlung von Arbeiten, die ihnen die einfachste Existenzmöglichkeit boten. Sie können sich nicht vollständig unterdrücken lassen, sondern müssen sich des Anschlags auf ihr Existenzniveau mit allen Kräften erwehren, trotz der Ungunst der Verhältnisse. Wird ihnen der Streik aufgezwungen, werden sie daran verhindern, zu den bisherigen Lohnbedingungen weiterzuarbeiten, dann bleibt ihnen allerdings nichts weiter übrig, als die Arbeit ruhen zu lassen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst gibt weiter zur Kenntnis:

Der Kampf der Berliner Metallindustrie gegen die in ihrer Lebenshaltung bedrohten Metallarbeiter nimmt vorläufig noch seinen Fortgang. Bis Donnerstagabend waren von den 160000 in Berlin beschäftigten Metallarbeitern rund 160000 von insgesamt 100 Betrieben ausgeperrt. Gearbeitet wurde lediglich noch in einem Teilbetrieb des Siemens-Konzerns. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch hier am Freitag die Ausperrung allgemein durchgeführt wird, nachdem die am Donnerstag angelegten Schlichtungsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Die Arbeiter geben sprachen dem vom Reichsarbeitsminister zum Schlichter bestellten früheren Reichsarbeitsminister Genossen Wolff die Unparteilichkeit ab, weil er noch bis vor wenigen Tagen dem Vorstand des VDA als Mitglied und Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist. Die für die Unparteilichkeit angeführten Gründe sollen nunmehr dem Reichsarbeitsminister zur Entscheidung vorgelegt werden. Am Freitag werden die Verhandlungen voranschreitend fortgesetzt.

Ein Kommunist für Verlängerung der Arbeitszeit.

Wie vom Deutschen Bergarbeiterverband mitgeteilt wird, ist der Schiedsrichter für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ohne Mitwirkung des Bergarbeiterverbandes ausgedient. Vertreter zu dem Schiedsrichter zu bestimmen, das aber eine Verlängerung der Arbeitszeit in mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beschließen sollte. Daraufhin sind von Amts wegen aus einem französischen Werke zwei Bergarbeiter als Beisitzer ernannt worden, und zwar ein Gelehrter und ein Kommunist. Diese beiden sonderbaren Bergarbeitermetretreier, die aber offenbar ganz auf miteinander und mit den Unternehmern harmonierten, haben dem Schiedsrichter ebenfalls zugestimmt.

In Göttingen fand am Sonntag, wie das Wolffsche Telegraphenbureau meldet, eine Konferenz ähnlicher Art. Die teilnehmenden Organisationsstellen, die aus allen Revieren von 200 Delegierten besucht war. Es referierten H. J. Mann, Bochum und Heilbrunn. Nach reger Aussprache wurde ein Antrag beschlossen, den unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zustande gekommenen Schiedsrichter über die Arbeitszeitverlängerung und die Tarifregelung abzusprechen, weil er jeder rechtlichen Grundlage entbehre und weil die festgelegte Arbeitszeit weit über den Rahmen der Arbeitszeit in den großen Braunkohlenrevieren hinausgeht. Die Unterzeichneten einiger Belegschaften setzen unter Führung der juristischen wirtschaftlichen Notlage von den Arbeitgebern erzwungen worden. Schließlich richtete die Konferenz einen Appell an den Reichsarbeitsminister, die Rechtslage in jeder Hinsicht zu klären. Eine Entschädigung einer kommunikativen Gewerkschaftsopposition, die unter Führung von H. J. Mann auftrat, wurde mit allen gegen sechs Stimmen abgelehnt und mit derselben Mehrheit der Gewerkschaftsopposition Vertreten ausgeschlossen.

Italienische Lösung der Arbeitsfrage. Rom, meldet uns Konstantinopel, die türkischen Behörden haben die Auflösung der Gewerkschaften mit der Begründung, daß die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter nicht wahrnehmen, beschlossen.

Das Lohnabkommen in Berliner Holzgewerbe gekündigt.

Die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie haben dem Deutschen Holzgewerkschaftenverband das seit dem 2. Dezember 1923 geltende Lohnabkommen gekündigt. Demnach ist seit dem 30. Dezember 1923 ein vertragloser Zustand zwischen den Parteien eingetreten.

Der Afa-Bund verläßt die Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der Bundesauschuss des Afa-Bundes hat am 8. Januar getagt und nach eingehender Erörterung folgenden Beschluß gefaßt: Der Bundesauschuss beauftragt den Afa-Vorstand, den Austritt des Afa-Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu vollziehen.

Demit haben der Afa-Bund und der Gewerkschaftsbund der Angestellten nunmehr die Arbeitsgemeinschaft aufgegeben. Infolgedessen von Angestellten dort nur noch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband vertreten ist. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dürfte voraussichtlich seine endgültige Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft auf der Mitte Januar stattfindenden Bundesversammlung beschließen.

Krach in der bürgerlichen Angestelltenbewegung.

Der Deutsche Beamtenverein ist aus dem Gesamtverband der Angestelltengewerkschaften, der zu dem vom Ministerpräsidenten A. D. Stegerwald geführten Deutschen Gewerkschaftsbund (Christlich-nationale Richtung) gehört, nach fünfjähriger Angehörigkeit ausgegliedert. Differenzen zwischen ihm und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband haben den Bruch herbeigeführt.

Bezahlung des Kunsthandwerks.

In den Reichsarbeitsverhandlungen in Leipzig wurde am 1. Januar 1924 für Gradstühle und Kleider im ersten Jahre nach der Arbeit ein Lohn von 32 Pfennigen vereinbart. Gradstühle und Kleider bis zu 22 Jahren erhalten 44, bis zu 24 Jahren 50 und über 24 Jahre 55 Pfennige. Der Lohn für Hilfsarbeiter zwischen 15 bis 20 Jahren wurde auf 27, zwischen 20 und 22 Jahren auf 30, zwischen 22 und 24 Jahren auf 40 und über 24 Jahre auf 44 Pfennige festgelegt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Januar.

Was geschehen muß.

Von Reinhold Darr.

Seit dem Kriege gefällt den Alten das Leben in der Partei nicht mehr. Sie treten mit dieser immer zögerlicher...

Der Wandel an Kräften mußte sich in der Partei um so schmerzlicher bemerkbar machen, als die Aufgaben ungedeuter wurden.

Wir müssen von vorn anfangen! Diese Auffassung vieler Genossen ist richtig, zwar glücklicherweise nicht in bezug auf unsere Organisation...

Weiter müssen unsere Distriktsversammlungen der theoretischen Schulung dienlich gemacht werden.

Dabei bin ich wieder an einem Punkt, wo wir zu ändern haben. Es ist selbstverständlich, daß wir uns vor jeder Wahl in den Distriktsversammlungen mit dieser Wahl, vor jeder Aktion...

Der Zukunftsstaat, die materialistische Geschichtsauffassung, die Mehrwerttheorie, die Grundlagen der Verfassung, der Generalstreik und hundert andere Dinge, können sich, von einzelnen Genossen sehr gründlich studiert und dann nacheinander in den verschiedenen Distrikten vorzutragen zu werden.

Das alles hätte ich ja dem Vorstande persönlich mitteilen können, doch wenn ich es hier durch die Zeitung tue, dann geschieht es, um zugleich die Genossen aufzumuntern, die in der Lage sind, der Partei bei ihrer großen Aufgabe der Massenorganisation helfen zu können.

Die Kohlenpreise.

Der Magistrat schreibt: Die vor einigen Tagen in der Presse angekündigte Senkung der Kohlenpreise ab 1. Januar 1924 ist in dem erwarteten Umfange nicht eingetreten.

händlers vorgenommen worden, weil nach der Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft der Kleinhändler im wesentlichen das gesamte Risiko des Einkaufs übernommen hat...

Die neuen Preise sind im Anzeigenteile veröffentlicht.

Reichswehrweihnachten.

Einer Anregung der Heeresleitung folgend, hatten auch die Breslauer Truppenteile, des Infanterie-Bataillon Nr. 7 und das Reiter-Regiment 7, Sammlungen zu einer Einrückung für die notleidende Bevölkerung Breslaus veranstaltet.

Zirkus Strahburger.

Der größte Teil des Zirkus ist nach Dresden gegangen und damit hat die amerikanische Luftmachung von Massenvorführungen ihr Ende gefunden.

Der außerordentliche „Schneezuschlag“, der den Milchhandlungen von Breslau Behörden zugefallen worden ist, beträgt nur 4 Pfennige und nicht, wie gestern irrtümlich gemeldet wurde, 5 Pfennige auf den Liter.

Wie spazt man das Jahrgeld für die nächste Sommerreise? Man kommt in Zeitabschnitten wertvollste Reisezeitungen zu zwei oder fünf Goldmark, die an allen Jahrestartenshaltern der Reichsbahn zu haben sind.

Ueber den Lohnüberzahlung vom 1. Januar 1924 ab und die Aufhebung der Betriebssteuer (Arbeitsgeberabgabe) befindet sich im Anzeigenteile eine Bekanntmachung der Breslauer Finanzämter.

„Der Geisterher“ ist der Titel eines Films nach einem Roman von Friedrich Schiller und Hans Heinz Ewers, der gegenwärtig im Konzerthaus rollt. Die Bilder sind vorzüglich.

Wäntlicher Wetterbericht. Die von Rußland zurückgekommene Anflute nicht sehr über Betersburg zu ab. Vom Westen kommen jedoch leicht Störungen dazu.

Die Volkshochschule beginnt im Januar neue Abendkurse in Philosophie, Kunst, Literatur, Dichtung, Religionswissenschaft, Geschichte, Erdkunde, Staatswissenschaften und Soziologie.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbesitz. Die heutige Sitzung fällt aus. Die nächste Sitzung ist wie üblich am Freitag, den 1. Februar.

Der Prager Anschlag für deutsche Kinderhilfe hat der Breslauer Schulverwaltung zur Vinderung des Kinderreliefs eine weitere Spende von 1000 Kronen übermitteln.

Der Verkaufspreis für Branntspiritus ist von der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein für das Jahr von 0,80 Mark auf 0,45 Mark herabgesetzt worden.

Zweite Breslauer Kunstmesse. Vom 8. Januar bis zum 15. Januar werden Dienstag bis Freitag von 11-1 Uhr persönliche Anmerkungen zur Besichtigung der zweiten Breslauer Kunstmesse im Schlesischen Museum der lebenden Künste bei der Ausstellungslitung entgegengenommen.

Arbeiter-Sport

Schwerathletik.

Am Sonntag, den 6. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, tritt „Hercules“ 1. Mannschaft gegen „Hercules“ II zum letzten Kampfe an.

Fußball.

Bezirksnachrichten. In der folgenden vorausgesetzlichen Rälteperiode wird auf den vorjährigen Bezirksbeschluss aufmerksam gemacht.

Jugendherbergen. Sonnabend, 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Besondere des städtischen Jugendheims: Generalversammlung des Verbandes deutscher Jugendherbergen, Ortsgruppe Breslau.

Freie Turnerschaft Breslau. Die Turnleistungen sind sofort bei Turngenossin Frau Krug, Leuthenstr. 49, abzuholen.

Arbeiter-Schwimmverein Breslau. Wir weisen nochmals auf die am morgigen Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindende Generalversammlung hin.

Aus Schlesien.

Winter im schlesischen Gebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Im schlesischen Gebirge herrschen infolge der außerordentlich starken Schneefälle die besten Sportverhältnisse.

Noch mehr Züge eingestellt.

Wegen Schneeverwehung ist der gesamte Zugverkehr noch auf folgenden weiteren Strecken eingestellt worden: Reibitz-Hoyнау-Goldberg.

Wegen Schnee verlag.

Die zum 5. Januar in Aussicht genommene erweiterte Reichsfinanzprüfung des schlesischen Städtetages in Reichensbach ist mit Rücksicht auf die durch die dauernden Schneefälle verursachten Verkehrsstörungen bis auf weiteres verlagert worden.

Glogau. Durch Sturz aus dem Fenster büßte am heutigen Abend der Festungsbaumstator a. D. Wilhelm Derwitz, Königsstraße 41, sein Leben ein.

Steinau a. d. O. 32 Gänge gekohlen. Dem Rittergutsbesitzer Leichmann in Brodelwitz sind nicht weniger als 32 Gänge gekohlen worden.

Bereinskalender.

Aktion, Bauhilfsarbeiter! Sonntag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung der Bergbauarbeiter statt.

